

Rieser Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift: Tagesblatt Riesa.
Gebrauch Nr. 20.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen
der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des
Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Riesa, sowie des Gemeinderates Gröba.

Postfachkonto: Dresden 1538
Groszkasse Riesa Nr. 22.

Nr. 142.

Mittwoch, 21. Juni 1922, abends.

75. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, monatlich 24.— Mark ohne Fringelohn. Einzelnummer 1.50 Mark. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Preis für die 24 mm breite, 3 mm hohe Grundchrift-Zeile (6 Zeilen) 4.50 Mark; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag. Nachwehlungs- und Vermittlungsgebühren 1 Mark. Feste Tarife. Bemühter Rabatt erteilt, wenn der Betrag verfallt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konten gerät. Zahlungen und Erfüllungsort: Riesa. Abtägige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Gabelstraße 55. Verantwortlich für Redaktion: Arthur Föhnel, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dietrich, Riesa.

Deutscher Reichstag.

Mitb. Berlin, 20. Juni.

Nach Erledigung einiger kleinerer Vorlagen wird der Entwurf über die

Getreideumlage

weiterberaten. Abg. Dies (A.) sieht nur in der freien Wirtschaft die Möglichkeit, die Produktion der Landwirtschaft zu steigern und bittet, die ganzen Fragen mit größter Ruhe und Objektivität zu behandeln. Die Landwirtschaft wehre sich dagegen, daß sie allein die Hauptlasten tragen sollte. Vielleicht könne die Arbeiterschaft zu den Kosten beitragen, indem sie Überstunden leiste, deren Betrag für die Getreidebeschaffung verwendet werden könne. Das Zentrum behalte sich seine Stellung zur Umlagefrage bis zur weiteren Klärung vor, lehne aber schon jetzt eine einseitige Belastung der Landwirtschaft ab.

Abg. Dürsch (D.V.): Die landwirtschaftlichen Organisationen, welche 15 Millionen Landwirte repräsentieren, haben einmütig auf dem Standpunkt, daß die Umlage abgelehnt werden muß. Wir verweisen noch nicht darauf, daß wir bei dem Minister keine Verhandlung für unsere Anschauungen finden werden. Wir wollen ihm 2 Millionen Tonnen Getreide zur rechten Zeit zur Verfügung stellen. Wir sind auch einverstanden, daß den Minderbemittelten das Brot billiger gegeben wird. Aber man soll bei der Auswahl dieser Minderbemittelten vorsichtig sein, denn weite Kreise des früheren Mittelstandes können sich ebenfalls nicht mehr ausreichend ernähren. Die Kosten der Zwangs- wirtschaft sind gewaltig. Von dem Drotpreis von Mk. 18.— geht das meiste auf Transport- und Verwaltungskosten verloren. Der Landwirt bekommt nur das Äußerste. Somit ist eine Verteuerung des Brotes auf seinen Fall aufzuheben.

Abg. Trischmann (Dem.) hofft, daß sich die Parteien in dieser schwierigen Frage doch noch zusammenfinden werden und daß sich vielleicht ein neuer Weg öffnet. Seit dem Kriege ist viel Erfindungsgeist getrieben worden. Darum ringt die Landwirtschaft nach freier Wirtschaft. Wenn die Umlage aber nicht zu vermeiden ist, soll sie wenigstens so gestaltet werden, daß sie für die Landwirtschaft erträglich wird.

Abg. Dr. Seim (D.V.): Die Borräte der vorjährigen Ernte werden bis tief in den November hinein reichen. Ueber die neue Ernte ist noch kein Urteil möglich. Eine Umlage von 4% Millionen Tonnen ist aber eine ganz unsinnige Forderung. Entgegen den amtlichen Versicherungen des vorigen Jahres vom Uebergang zur freien Wirtschaft müssen die Bauern jetzt schon damit rechnen, daß die Umlage als dauernde Maßnahme in Betracht gezogen wird. Mit Zwang wird hier aber nichts erreicht. Die Grundlagen einer dauernden Einrichtung müssen vielmehr so gerecht bemessen werden, daß die Bauern die Last gern tragen. Dabei darf man den Hauptinteressenten bei der Preisbildung die Mitarbeit nicht verweigern. Jedenfalls dürfen für den Getreidepreis nicht politische Gründe maßgebend sein, sondern die Getreidekosten. Unsere Ernährungskrisis hängt mit der Weltkrisis zusammen, denn ein Drittel des Brotforns, das früher auf den Weltmarkt kam, stammt aus Rußland, und bis Rußland wieder auferstanden ist, wird es Jahrzehnte dauern. Dazu kommt, daß jetzt jeder einzeln handeln will und niemand mehr arbeitet. Als aber die letzte Preissteigerung einsetzte, hatten die Bauern schon zu 90 Prozent ihr Getreide abgeliefert, so daß sie also keine Schuld treffen kann.

Abg. Feldmann (Komm.) wirt den Agrariern vor, daß sie die Gegenrevolution organisieren wollten, und die arbeitenden Massen aushungern. Die elende Regierungsvorlage könne das hungern Volk nicht befriedigen. Die Deutschnationalen seien unter der Führung des Jubelstimmungs von Gräfe offenbar schon so verjubelt, daß sie gegen den Getreideumwucher nicht zu unternehmen wogten. Abg. v. Gräfe-Golde (Dnat.) bezeichnet die Behauptung, daß er ein Judenstümmling sei, als orientalische Phantasie. Die Getreideumlage wird sodann dem Volkswirtschafts- auschuß überwiesen. Nach Erledigung kleinerer Vorlagen verlegt sich das Haus auf Mittwoch nachmittag 2 Uhr. (Wiesbadener Abkommen, Bismarcks Abkommen, Rhein- land-Interpellation.) Schluß 6 1/2 Uhr.

Grüne Lage.

Aus Berlin wird gemeldet: Die gefrige inter- fraktionelle Besprechung über die Frage der Getreideumlage gelangte zu keinem positiven Ergebnis. Man will erst den Verlauf der Ausschussberatung bis zu einem gewissen Abschluß abwarten und dann wiederum zu einer interfraktionellen Besprechung zusammenzutreten. Die Zentrum-Part.-Korr. schreibt: Die Lage ist nach wie vor ernst und das Schicksal der Getreideumlage völlig ungewiß. Der „Vorwärts“ betont, die Sozialdemokratie werde weder die Ablehnung noch die Untauglichmachung der Vorlage gestatten, ohne daraus die äußersten verfassungsmäßigen Konsequenzen zu ziehen. Der Berliner Bezirksvorstand der SPD. fordert von der Parteileitung für den Fall der Ablehnung der Umlage durch den Reichstag den sofortigen Austritt der Sozialdemokraten aus der Reichsregierung und die unverzügliche Volks- befragung durch Neuwahlen. Der Bezirksverband Groß- Berlin der SPD. beruft für Freitag eine Reihe von Massenversammlungen ein mit der Tagesordnung: Brotfrage.

Tagesgeschichte.

Deutsches Reich.

Im Untersuchungsausschuß des Reichstages, der sich mit den Anschuldigungen gegen den Minister Dr. Dern-

hoff, befandete bei der Zeugenvernehmung der Regierungsrat Dr. Diehl vom Ernährungsministerium, das Wein- und Buderreferat reage nur bessere deutsche Jucker- verteilung ohne Sonderzulassung an. Regierungsrat Dr. Jaffe habe aber aus politischen Gründen die Sonder- zulassung von Jucker im besetzten Gebiete gewünscht und sei damit durchgedrungen. In dieser Sonderzulassung habe der Zeuge keine Beauftragung erblickt. Vom Wein- bezuge des Ministers sei ihm damals weder amtlich noch privat etwas bekannt geworden. Dr. Derns erinnerte den Zeugen daran, daß auch Staatssekretär Fuber die Sonderzulassung empfohlen habe und daß dies für den Mi- nister neben den Ausführungen von Dr. Jaffe entschei- dend gewesen sei. Der Zeuge bestätigte das. Ferner er- klärte der Minister, nachdem die Winzer bei mehreren Ab- ordnungen vorstellig geworden wären, habe er selbst ein- gegriffen, um den Geschäftsgang zu beschleunigen. Dr. Jaffe wurde sodann als Zeuge vernommen. Er erzählte von der Zusammenkunft mit Vertretern des Winzerverbandes und rheinischen Zentrumsabgeordneten, die im Dezember 1920 im Restaurant des Reichstages stattgefunden habe, zu der auch Dr. Jaffe hinzugesogen wurde und bei der er sich zunächst gegen die Sonderbewilligung von Jucker aus- sprach. Aber die schwierigen Verhältnisse im besetzten Ge- biete hätten eine nähere Prüfung angeziet erscheinen lassen. Eine Besprechung im Ministerium wurde verein- bart. Hier sei Dr. Jaffe dann mit der Anregung hervor- getreten und durchgedrungen, daß die besetzten Gebiete bevorzugt werden sollten. Außer dem Winzerverbande für Mosel, Saar und Ruwer seien auch die Verbände der Pfälzer und Rheinhessen in gleicher Weise benannt worden. Dr. Jaffe befandete weiter: Der Winzerverband für Mosel, Saar und Ruwer sei durchaus nicht anders behandelt worden, als andere Verbände des besetzten Ge- bietes. Der Antrag auf Sonderzulassung ist in rein sachlicher Weise behandelt worden, wie alle übrigen An- träge. Der Generalsekretär Faust vom Winzerverbande sagte u. a. aus, der Hauptzweck der Weinenden sei ge- wesen, Freunde in Regierung und Parlament zu ge- winnen für den Winzerverband und seine Weine. Be- stehungsabgaben hätten dem Verbande durchaus fernge- legen. Die Spenden seien auf eine Stufe zu stellen mit den wiederholt in Parlamenten veranstalteten Weinproben. Der Weingutsbesitzer Reimann, Vorstandsmitglied des Rhetzer Weinhändlerverbandes, sagte aus, es sei immer üblich gewesen, hochstehenden Persönlichkeiten billige Wein- sendungen zu machen.

Eine kommunistische Zeitung eingegangen. Das Organ der Kommunisten in Stettin, „Der Stürmer“ mußte nach einer Meldung des „Berl. Tageblatts“ wegen der hohen Verteilungskosten sein Erscheinen einstellen.

Reduktion der Wahlkreise. Im Reichsministerium des Innern wurde gestern eine Besprechung über die Ver- minderung der Wahlkreise abgehalten, da ein Annex zu dem Reichswahlgesetz erlautet ist.

Stadtbahnverlängerung 4 Mi. in Berlin. Die Berl. Stadtbahnverlängerung hat gestern die Erhöhung des Straßenbahnverkehrs mit 105 gegen 80 Stimmen an- genommen. Von Donnerstag an kostet eine Straßenbahn- fahrt 4 Mi.

Die Erhöhung der Beamtengehälter. Die vom Reichsfinanzministerium mit den Spitzenorganisationen ge- führten Verhandlungen über die Erhöhung der Beamten- gehälter haben gestern in den späten Abendstunden zu einer Verständigung geführt und sollten heute vormittag fort- gesetzt werden. — Aus Berlin wird weiter gemeldet: Bei den gestrigen Befoldungsverhandlungen im Reichsfinanz- ministerium bestand bei allen Parteien Einigkeit darüber, entsprechend dem Anwachsen der Indizes die Bezüge um etwa 24 Prozent zu steigern. Der Vertreter der Regie- rung erklärte aber, die Gewährung der Aufbesserung werde von der Annahme des Arbeitszeitgesetzes durch die Gewerks- chaften abhängig gemacht. Die gewerkschaftlichen Vertreter lebten dies ab. Auf ihren Wunsch wurde die Sitzung unterbrochen. Die Spitzenorganisationen werden heute über das Verlangen der Regierung gemeinsam beraten. Die Maßnahmswendungen aus der neuen Befoldungs- und Lohn- erhöhung sollen sich auf etwa 30 Milliarden Mark belaufen.

Die Mitglieder des Garantiefomitees traten gestern dem Reichsanwalt, dem Reichsminister Dr. Rathenau und dem Reichsfinanzminister Dr. Derns Höflichkeitsbesuche ab. Dr. Wirth sprach seine lebhaften Befürchtungen vor einem weiteren Marktzusammenbruch aus. Er betonte, bei einer weiteren Abwärtsbewegung der Mark würde Abwehrmaßnahmen notwendig sein, da sonst alle finanziellen Pläne der Reichs- regierung ungewogen würden. Die Beratungen mit dem Garantiefomitee beginnen heute im Reichsfinanzministerium unter Teilnahme des Reichsfinanzministers.

Der Einzug der deutschen Truppen in die Kreise Kreuzburg und Oberglogau, die der deutschen Regierungsgewalt wieder unterstellt sind, erfolgte Dienstag vormittag. Die Reichswehrtruppen wurden von der Bevölkerung freundlich begrüßt. In Kreuzburg zog ein Infanterie- bataillon ein, ein Reichswehr-Reiterregiment und eine halbe Batterie Feldartillerie wurden im Kreise verteilt. Die Schulpolizei verließ bereits den Ordnungsdienst. — Die polnischen Truppen sind Dienstag vormittag unter Führung des Generals Szepteki in Rattowitz eingezogen.

Der Dollar- und Kronenkurs. Der Dollar notierte Dienstag an der Vormittagsbörse bei schwächerer Tendenz 319—321. Die tschechische Krone war mit 615 zu hören.

Republik Österreich.

Die Notenbank endgültig beschloffen. In der gestern nachmittag in Wien in Gegenwart des Bundeskanzlers und des Finanzministers sowie der Vertreter der Oester- reichisch-Ungarischen Bank abgehaltenen Sitzung der Banken, Bankiers und Sparkassen wurde im Einvernehmen mit der Regierung die Gründung einer Notenbank für die Republik

Oesterreich endgültig beschloffen. Das Aktienkapital der neuen Bank wurde mit 100 Millionen Schweizer Franken festgesetzt.

Frankreich.

Der Besuch des Kaisers von Annam. Gestern traf der Kaiser von Annam in Marseille ein. Er wird Ende dieser Woche in Paris erwartet, wo ihm ein offizieller Empfang bereitet wird. Der Kaiser wird vom Thronfolger begleitet.

England.

Zum Besuch Voicars. Der Londoner Bericht- erstatte des „Manchester Guardian“ schreibt, das über- raschende Ergebnis des Besuchs Voicars in London sei vielleicht, daß er in der Zeit bis zu seiner Abreise nach Paris auf den Methoden Lloyd Georges der Diplomatie durch Konferenzen bekehrt worden sei. Es sei wahr- scheinlich, daß Italien auf der im Juli in London zusammen- tretenden Konferenz ebenfalls vertreten sein werde. Den Versicherungen Voicars, daß während des erneuten Ver- suchs einer Verhandlung über die Reparationsfrage keinerlei Zwangsmahnahmen angewendet werden sollen, werde in London große Bedeutung beigemessen.

Zur Erkrankung Northcliffes. Die „N. B. S.“ meldet aus London: Es sei auffällig, daß die Northcliffe-Presse keinerlei nähere Angaben darüber bringe, welcher Art die Erkrankung Northcliffes sei. Bestimmt auftretende Ge- rüchte wollten wissen, daß es sich um eine geistige Er- krankung handle, die plötzlich zum Ausbruch gekommen sei. Es sei aufgefalle, daß Northcliffe vom Festlande aus an seine Blätter Besichtigungen sandte, die höchst sonderbar gehalten waren und in den Redaktionen lebhaften Wider- spruch hervorriefen, sogar zum Rücktritt leitender Persön- lichkeiten führten.

Rußland.

Russische Erzeugnisse auf deutschen Gerbthemen. Das Außenhandelskommissariat der Sowjets des Gouver- nements Moskau beabsichtigt, die deutschen Verdiensten mit Erzeugnissen des russischen Gausgewerbes, das freilich schwer darniederliegt, in gewissen wichtigen Zweigen sogar wegen mangelnder Rohstoffverwertung ganz abgetrieben ist, zu beschneiden. Gleichzeitig sollen Pläne zur Verdrängung der englischen Einfuhr vom nordperischen Markte durch Aus- fuhr hauptsächlich von Leder und Textilwaren dorthin aus- gearbeitet werden. Der Weltmarktpreis dieser Waren ist wegen des Schwanzens des Wrotpreises und der Löhne nicht vorher bestimmbar, er beträgt zur Zeit das fünf- bis sechsfache des Weltmarktpreises.

Herstellung wirtschaftlicher Beziehungen Deutschlands zur Republik des fernen Ostens. Der am 10. Juni in Tschita angekommene deutsche Vertreter, Geheimrat Asmis, hat dem fernöstlichen Telegraphenbüro erklärt, der Zweck seiner Reise sei das eingehende Studium der wirtschaft- lichen Verhältnisse der Republik des fernen Ostens, um zwischen dieser und Deutschland enge wirtschaftliche Be- ziehungen herzustellen. Der Vertrag von Rapallo habe nur im allgemeinen die Richtlinien der uns vom Leben selbst diktierten wirtschaftlichen Annäherung von Rußland und Deutschland gewiesen. Die ungeheure Arbeit, den Rapallovertrag in die Wirklichkeit zu übertragen hebe, er- reiche noch bevor. Das Interesse Deutschlands an Sibirien und der Republik des fernen Ostens mit ihren unergründlichen Naturschätzen sei daher ganz natürlich. Die nächsten Auf- gaben seiner Mission seien rein informativ. Bisher habe Deutschland nur ein sehr dürftiges und widerspruchs- volles Material über die Verhältnisse des fernen Ostens erhalten.

Deutliches und Sächsisches.

Riesa, den 21. Juni 1922.

Das vorläufige Ergebnis des Volks- bezehrens. Nach den bis gestern nachmittag vorliegen- den Zahlungsergebnissen sind für das Volksbezehren zur Vorbereitung eines Volksreferendums über die Auflösung des Landtages im Wahlkreis Dresden 333 281 Stimmen ab- gegeben worden. Im Wahlkreis Chemnitz wurden 265 459, im Wahlkreis Leipzig 221 762 Stimmen in die Listen ein- getragen. Die Gesamtzahl der für das Volksbezehren im Freistaat Sachsen abgegebenen Stimmen stellt sich demnach nach vorläufiger Zählung auf rund 820 000. Das Ergebnis des Volksbezehrens erlaube für das Bürgerturn in Sach- sen recht zufriedenstellend, namentlich, wenn man bedenkt, daß es in die Zeit der Gemeine gefallen ist, die Agitation nicht sehr hart war, weil das Ergebnis von vornherein feststand, und daß eben aus diesem Grunde mancher Wahl- berechtigte nicht mitgestimmt hat. Es ist sehr bemerkens- wert, daß in vielen Orten auch zahlreiche Arbeiter zur Einzeichnung gegangen sind. Auffällig ist z. B., daß in einer Reihe von kleineren Städten und Landorten, u. a. auch in Zandt, zum Volksbezehren viele Stimmen abge- geben worden sind, als bürgerliche Stimmen bei der letz- ten Landtagswahl. Die Unterbreitung des Volksbezehrens an den Landtag durch das Gesamtministerium dürfte im Laufe der nächsten Woche geschehen. Der Landtag hat sich bekanntlich zu entscheiden, ob er schon dem Volksbezehren durch Selbstauflösung stattgeben oder den Anfall des Volks- bezehrens abwarten will. Das letztere wird wohl der Stand- punkt der Linksmehrheit sein. Dann wird man vorläufig damit rechnen können, daß die Abstimmung über den Volks- bezehrenden an einem Sonntag des August, vermutlich am 13. oder 20., stattfinden wird. Zum 20. Juni ist die Beteiligung der Hälfte der Stimmberechtigten und die Mehrheit der Abstimmenden erforderlich. Es müssen sich also daran mindestens 1 483 941 Stimmen beteiligen. Beim Volksbezehrend wird über die gefellte Frage mit Ja oder Nein abgestimmt. Das Gesamtministerium bestimmt den Abstimmungstag und veröffentlicht ihn und den Gegen- stand des Volksbezehrend in der „Sächs. Staatszeitung“.